

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.  
Illustr. Unterhaltbl.) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

37. Jahrgang.

**Nr. 36.**

Dienstag, den 25. März

**1890.**

In Entsprechung ihrer Gesuche sind die Reservisten  
Paul Ernst **Angelthum** in Eibenstock,  
Friedrich Hermann **Gnuchel** in Lauter,  
der Ersatz-Reservist  
Emil Julius **Weyreuther** in Johanngeorgenstadt,  
sowie die Landwehrleute  
Friedrich Richard **Scherf** in Köhnitz,  
Georg Adolf Bruno **Schwarz** in Köhnitz,  
Carl Emil **Weber** in Wittweida,  
Paul Georg **Landmann** in Lauter,

Ernst Richard **Breitfeld** in Wittigsthal und  
Carl Louis **Stemmler** in Crandorf  
für den Fall der Mobilmachung bis zum nächsten Zurückstellungstermine hinter  
die letzte Jahressklasse der Landwehr zweiten Aufgebots zurückgestellt worden.  
Schwarzenberg, am 20. März 1890.

**Der Civilvorsitzende der Ersatz-Commission in den Aus-  
hebungsbezirken Schwarzenberg und Schneeberg.**  
Fehr. v. Wirsing. St.

### Der Herzog von Lauenburg.

Unsere Zeit ist eine schnelllebige und eine schnell-  
vergessende. Es dürfte daher nicht überflüssig er-  
scheinen, die 28jährige Amtsführung des Fürsten  
Bismarck, welche am 20. d. — am Tage des Früh-  
lingsanfangs — ihren Abschluß fand, noch einmal  
in ihren einzelnen Phasen flüchtig zu skizzieren.

Otto v. Bismarck, am 1. April 1815 als zweiter  
Sohn eines Landbesitzers geboren, studierte die  
Rechtswissenschaften, trat 1835 als Auskulturator beim  
Berliner Stadtgericht und 1836 als Regierungs-  
referendar bei der Regierung in Aachen ein. 1837  
diente er in Potsdam sein Jahr ab und bereitete  
sich sodann darauf vor, ein berufsmäßiger Landmann  
zu werden. 1847 trat er als Reichshauptmann und  
ritterchaftlicher Abgeordneter für Zerichow in den  
„Bereinigten Landtag“, wie er denn auch 1849 in  
Westphalen zum Landtagsabgeordneten gewählt  
wurde. Er saß im Parlament auf der Rechten und  
war so recht und schlecht ein Stockjunker, der jedoch  
in seinen Reden viel Geist und Schlagfertigkeit offen-  
barte. Im Jahre 1851 wurde er Gesandter Preußens  
beim Bundestage in Frankfurt a. M., wo er sich in  
das diplomatische Handwerk hineinarbeitete. Er dachte  
davon nicht besonders hoch und machte aus dieser  
seiner Heringschätzung auch keinen Hehl. Indessen  
wurde zu Frankfurt in ihm der Grund gelegt für  
seine späteren Pläne, in welcher Weise Deutschland  
aus der Misere der kleinstaatlichen Zerissenheit zu  
einem kraftvollen Staatenbund hinüberzuführen sei.

Von 1859 bis zum Frühjahr 1862 war Herr  
v. Bismarck preussischer Gesandter in Paris und  
Petersburg, bis ihn König Wilhelm am 23. Septem-  
ber 1862 als Ministerpräsident an die Spitze der  
preussischen Staatsverwaltung stellte. Von dieser  
Zeit ab ist die Geschichte Bismarcks mit der Ge-  
schichte Deutschlands auf das innigste verbunden.  
Zunächst hatte er ja in der preussischen Volksver-  
tretung einen ungemein schweren Stand. Es galt  
damals das Schwert zu schärfen, mittels dessen der  
gordische Knoten der deutschen Frage zerhauen werden  
sollte. Dazu verweigerte das preussische Abgeordnet-  
haus die Mittel — die langjährige Konfliktperiode  
began. 1864 begann die Lösung der deutschen  
Frage in Schleswig-Holstein — Bismarck, um nichts  
zu überhasten, zog nach dem Friedensschlusse klüg-  
licherweise die Augustenburger Frage hin und schloß  
1865 die Gasteiner Konvention mit Oesterreich. Daß  
dieselbe die gehoffte Lösung nicht brachte, war schon  
damals klar; im Jahre darauf waren die preussischen  
Rüstungen vollendet und nun forderte Bismarck von  
Oesterreich die Entscheidung.

Diese erfolgte auf den böhmischen Schlachtfeldern,  
woselbst neben der deutschen Frage auch der preussische  
Verfassungskonflikt gelöst wurde. Aber sogleich war  
auch seine Sorge darauf gerichtet, aus den „Feinden“  
Bundesgenossen zu machen. Deshalb widersetzte er  
sich energisch dem Vorgehen gegen Wien und der  
weiteren Demüthigung Oesterreichs. Mit den süd-  
deutschen Staaten und mit Sachsen wurde sogar  
noch vor Friedensschluß wegen Bündnisse verhandelt.  
Und wie die Welt von dem Kriege selbst überrascht  
wurde, so war dies auch bei den Friedensschlüssen  
der Fall, die so schnell vollzogen wurden, daß das  
gewinnlüsterne Ausland, besonders der überschlaue  
Napoleon, nicht erst Zeit fand, sich in die deutschen  
Angelegenheiten einzumischen.

Als Kanzler des Norddeutschen Bundes gelang  
es dem inzwischen zum Grafen ernannten Staats-

manne die Luxemburger Frage unter Wahrung der  
Würde Deutschlands und Preußens aus der Welt  
zu schaffen. Luxemburg kam nicht an Frankreich,  
wie es Napoleon so dringend gewünscht hatte. Aber  
dieser Mißerfolg machte den Krieg, der 1870 ausbrach,  
unvermeidlich.

Graf Bismarck hatte ihn vorausgesehen; sein  
Verdienst ist es, daß weder Napoleon noch späterhin  
das republikanische Frankreich Verbündete fanden.  
Der 18. Januar 1871, an welchem Tage Kaiser  
Wilhelm in Versailles von den dort versammelten  
deutschen Fürsten zum Kaiser ausgerufen wurde,  
krönte diesen ersten großen Abschnitt der Bismarck-  
schen Politik.

Seit jener Zeit bis jetzt war es ihm beschieden,  
unsern großen deutschen Vaterlande den Frieden zu  
erhalten. Seine anfängliche Sorge war die Her-  
stellung eines herzlichen Einverständnisses zwischen  
den drei Kaiserreichen, als aber Gortschakows Be-  
tragen dieses Verhältniß zerstörte, da erfolgte das  
innige Bündniß mit Oesterreich, zu welchem später  
auch Italien trat. Der Fürst Bismarck, Herzog von  
Lauenburg, hinterläßt denen, die nach ihm kommen,  
nach außen hin geregelte konfliktfreie Zustände. Wie  
ein erfahrener Lotse, der das Reichsschiff durch Klippen  
und brandende Wogen hindurch sicher in die glatte  
offene See geführt, das Steuer nun dem jungen,  
thatkräftigen Kapitän anvertraut hat, so kehrt er im  
Bewußtsein erfüllter schwerer Pflicht in den Hafen  
zurück, in den Hafen der wohlverdienten Ruhe.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Fürst Bismarck, jetzt  
„Herzog von Lauenburg“, ist nunmehr auf seiner  
Besitzung Friedrichruh eingetroffen. Das Volk und  
die Presse des In- und Auslandes wird trotz der  
Verleihung des Herzogthums von Lauenburg den ersten  
Kanzler des Reichs nur nach seinem ruhmreichen  
geschichtlichen Namen „Fürst Bismarck“ nennen. Die  
Gründe, die zu seinem Rücktritt geführt haben, sind  
nunmehr zur Genüge bekannt. Fürst Bismarck erhob  
den Anspruch, als preussischer Ministerpräsident nicht  
bloß der Vorsitzende, sondern auch der Vorgesetzte  
der preussischen Minister zu sein, und dieser Wider-  
spruch zu der Auffassung des Kaisers kam anlässlich  
der Ernennung des Herrn v. Verlepich zum Minister  
für Handel und Gewerbe zum Ausbruch und Aus-  
trag. Fürst Bismarck begehrte als seine ausschließ-  
liche Machtbefugniß, dem neuen Minister die Be-  
handlung der Arbeiterfragen vorzuschreiben. Der Kaiser  
aber denkt in manchen Stücken über die Arbeiterfrage  
anders als Bismarck. Es ist sonach kein Zweifel,  
daß der innere sachliche Grund des Rücktritts Bis-  
marcks die Arbeiterfrage bildet; die staatsrechtlichen  
Meinungsverschiedenheiten über die Befugnisse des  
Ministerpräsidenten gaben nur den äußeren Anlaß  
ab, die Entscheidung herbeizuführen.

— Der beklemmende Eindruck, den der Rücktritt  
Bismarcks im Auslande hervorgerufen hat, ins-  
besondere die vielfach ausgesprochene Besorgniß, es  
könnte nunmehr in Deutschland eine weniger fried-  
liche Politik Platz greifen, ist durch das Handschreiben  
Kaiser Wilhelms in erfreulicher Weise schnell ge-  
hoben worden. Die Stelle, in welcher der Kaiser  
ankündigt, daß er die weise und thatkräftige  
Friedenspolitik Fürst Bismarcks auch künftig aus  
voller Ueberzeugung zur Richtschnur seines Handelns  
zu machen entschlossen ist, befriedigt außerordentlich.

Die öffentliche Meinung ist bestrebt, der neuen Wend-  
ung die beste Seite abzugewinnen, und beruhigt sich  
immer mehr, je klarer es wird, daß der Rücktritt  
Fürst Bismarcks keine der von diesem Ereignisse be-  
fürchteten Erschütterungen und Wandlungen im Ge-  
folge hat.

— Wie die „Hamb. Nachr.“ hören, stoße die  
Nachfolgerschaft Graf Herbert Bismarcks  
auf Schwierigkeiten, v. Radowitz habe abgelehnt und  
ältere Diplomaten zeigten wenig Neigung. Die „Hamb.  
Nachr.“ verzeichnen mit allem Vorbehalt fernere Ge-  
richte, wonach der Kaiser und der Fürst Bismarck  
nicht in Harmonie geschieden wären. Dazu gehöre  
das Gerücht, daß der Kaiser bei der Vorstellung  
Caprivi's als neuen Reichskanzler in der Versamm-  
lung der Generale seiner Differenz mit Fürst Bis-  
marck lebhaften Ausdruck verleihe habe. Die „Nach-  
richten“ nehmen eine gänzliche Aenderung der innern  
Politik an; eine Kabinettsregierung im Sinne Fried-  
rich's des Großen, kombiniert mit dem Parlarmentari-  
smus, der Kaiser regiere selbst, die Minister seien  
nur die Vollstrecker seines Willens. Die „Nachrichten“  
hören als Vermuthung äußern, daß v. Berdy, v. Göt-  
tler und v. Verlepich blieben, v. Lucius, v. Herrfurth,  
v. Maybach und v. Scholz würden früher oder später  
gehen, auch Graf Waldersee. Es sei angeblich im  
Plan, möglichst die großen Parteien im Ministerium  
vertreten zu sehen. Miquel, v. Fuene, auch Rickert  
würden genannt. Letzteres Gerücht wird natürlich  
nur als für die Situation charakteristisch in den  
„Hamburger Nachrichten“ erwähnt.

— Bekanntlich findet alle fünf Jahre in Deutsch-  
land eine Volkszählung statt. Am 1. Dezember  
des laufenden Jahres wird wiederum eine solche  
statistische Erhebung vorzunehmen sein, für welche  
mit Rücksicht auf die dazu notwendigen umfangreichen  
Vorbereitungen die Anordnungen mindestens sechs  
Monate vor jenem Zeitpunkte getroffen werden müssen.  
Dem Bundesrathe ist zu diesem Zwecke ein „Entwurf  
von Bestimmungen für die Volkszählung von 1890“  
zur Beschlußfassung vorgelegt worden.

— Koblenz, 22. März. Gestern traf eine  
kaiserliche Kabinettsordre ein, welche die volle Ent-  
festigung von Koblenz genehmigt.

— In der zwei Meilen von Berlin gelegenen  
Stadt Köpenick haben am letzten Donnerstag Re-  
volten stattgefunden, welche das Einschreiten des  
Militärs nothwendig machten. Der „T. N.“ schreibt  
man darüber wie folgt: „Schon seit Anfang der  
Woche fanden beständig abendliche Ruhestörun-  
gen seitens der Arbeiter statt, so daß 30 derselben  
festgenommen werden mußten. Am Donnerstag Abend  
haben nun die Ausschreitungen zu ernstern Ausbrüchen  
geführt. Es kam zwischen Polizei und Volk zu förm-  
lichen Kämpfen, wobei der Gendarm Müller durch  
einen Schuß aus einem Hause tödtlich verwundet und  
die Polizisten Dienst und Welsch im Handgemenge  
schwer verletzt worden sind. Müller ist nach einer  
Stunde schon verschieden. Die Ruhestörrer sollen übri-  
gens mehrfach von Schußwaffen Gebrauch gemacht  
haben. — Verhaftet wurde am 21. d. M. u. A. der  
Tischlergeselle Wiener unter dem Verdacht, den Gen-  
darm Müller, der verheirathet und Vater dreier Kin-  
der ist, erschossen zu haben. — Um 4 Uhr Morgens  
traf mittels Sonderzuges die 3. Kompagnie des Leib-  
Grenadier-Regiments aus Frankfurt a. D. in Köpenick  
ein. Ein großer Theil der Fabrikbesitzer hat ihren  
Arbeitern bekannt gemacht, daß diejenigen, welche  
sich an Tumulten betheiligen, sofort entlassen werden.“